

Amtsblatt der Europäischen Union

C 411



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

62. Jahrgang
6. Dezember 2019

Inhalt

II Mitteilungen

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

Europäische Kommission

2019/C 411/01	Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden ⁽¹⁾	1
2019/C 411/02	Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union — Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden ⁽²⁾	5

V Bekanntmachungen

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

Europäische Kommission

2019/C 411/03	Staatliche beihilfen — Polen — Staatliche Beihilfen SA.51987 (2018/N) — Fernwärmenetz — Tarnobrzeg; SA.52084 (2018/N) — Fernwärmenetz — Ropczyce; SA.52238 (2018/N) — Fernwärmenetz — Lesko; SA.54236 (2019/N) — Fernwärmenetz — Dębica und SA.55273 (2019/N) — Fernwärmenetz — Ustrzyki Dolne — Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ⁽¹⁾	6
---------------	--	---

DE

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.

⁽²⁾ Text von Bedeutung für den EWR, außer dass Erzeugnisse betroffen sind, die in Anhang I des Vertrages genannt sind.

II

(Mitteilungen)

MITTEILUNGEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER
EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHE KOMMISSION

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der
Europäischen Union****Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2019/C 411/01)

Datum der Annahme der Entscheidung	29.10.2019	
Nummer der Beihilfe	SA.54463 (2019/N)	
Mitgliedstaat	Polen	
Region	—	—
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Third prolongation of the resolution scheme for cooperative banks and small commercial banks	
Rechtsgrundlage	Act of 10 June 2016 on the Bank Guarantee Fund, the deposit guarantee scheme and resolution (consolidated text: Journal of Laws 2019, item 795 as amended)	
Art der Beihilfe	Regelung	—
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben	
Form der Beihilfe	Zuschuss, Bürgschaft, Kredite/rückzahlbare Vorschüsse	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: PLN 29000 (in Mio.)	
Beihilfemaximalintensität	%	
Laufzeit	29.10.2019 - 28.04.2020	
Wirtschaftssektoren	Erbringung von Finanzdienstleistungen	

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Minister of Finance ul. Świętokrzyska 12, 00-916 Warsaw Bank Guarantee Fund ul. ks. Ignacego Skorupki 4, 00-546 Warsaw
Sonstige Angaben	—

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm>.

Datum der Annahme der Entscheidung	18.10.2019	
Nummer der Beihilfe	SA.55100 (2019/N)	
Mitgliedstaat	Polen	
Region	Pomorskie	—
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Aid for the construction of the municipal waste thermal treatment plant in Gdańsk	
Rechtsgrundlage	Act of 11 July 2014 on the implementation of cohesion policy programmes financed in the period of 2014-2020 (Journal of Laws of 2014, item 1146, as amended), and the implementing provisions.	
Art der Beihilfe	Ad-hoc-Beihilfe	Port Czystej Energii Sp. z o.o. z siedzibą w Gdańsku
Ziel	Energieeffizienz, Umweltschutz	
Form der Beihilfe	Zuschuss, andere Formen der Kapitalintervention	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: PLN 277.227 (in Mio.)	
Beihilfemaximalintensität	60 %	
Laufzeit	—	
Wirtschaftssektoren	Energieversorgung	

Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	National Fund for Environmental Protection and Water Management ul. Konstruktorska 3a, 02-673 Warsaw
Sonstige Angaben	—

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm>.

Datum der Annahme der Entscheidung	23.10.2019	
Nummer der Beihilfe	SA.51297 (2019/N)	
Mitgliedstaat	Frankreich	
Region	FRANCE	—
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Prolongation et modification du Régime d'aide d'Etat n°SA.31305 — Financement de mesures supplémentaires de PPRT	
Rechtsgrundlage	Loi 2003-699 du 30 juillet 2003 relative à la prévention des risques technologiques et naturels et à la réparation des dommages Code de l'Environnement Décret n° 2005-1130 du 7 septembre 2005 relatif aux PPRT Ordonnance du 22 octobre 2015 relative aux plans de prévention des risques technologiques	
Art der Beihilfe	Regelung	—
Ziel	Umweltschutz	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: EUR 100 (in Mio.) Jährliche Mittel: EUR 25 (in Mio.)	
Beihilfehöchstintensität	67 %	
Laufzeit	bis zum 31.12.2022	

Wirtschaftssektoren	Alle für Beihilfen in Frage kommende Wirtschaftszweige
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Direction Générale de la Prévention des Risques — DGPR Tour Séquoia 92055 La Défense Cedex
Sonstige Angaben	—

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm>.

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

(Text von Bedeutung für den EWR, außer dass Erzeugnisse betroffen sind, die in Anhang I des Vertrages genannt sind)

(2019/C 411/02)

Datum der Annahme der Entscheidung	07.10.2019	
Nummer der Beihilfe	SA.55089 (2019/N)	
Mitgliedstaat	Deutschland	
Region	DEUTSCHLAND	—
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Bund: Förderbereich 3A "Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen landwirtschaftlicher Erzeugnisse" des GAK-Rahmenplans, Notifizierung der Förderung von mittelgroßen Unternehmen im Zusammenhang mit der Maßnahme 2.0 "Investitionen in die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse"	
Rechtsgrundlage	Gesetz über die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK-Gesetz — GAKG) Förderbereich 3A "Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen landwirtschaftlicher Erzeugnisse" des Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"	
Art der Beihilfe	Regelung	—
Ziel	Beihilfen für Investitionen in die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	—	
Beihilfehöchstintensität	35 %	
Laufzeit	01.01.2020 - 31.12.2020	
Wirtschaftssektoren	LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT; FISCHEREI, VERARBEITENDES GEWERBE/HERSTELLUNG VON WAREN	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Zuständige Behörde des jeweiligen Bundeslandes	
Sonstige Angaben	—	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<http://ec.europa.eu/competition/elojade/isef/index.cfm>.

V

(Bekanntmachungen)

VERFAHREN BEZÜGLICH DER DURCHFÜHRUNG DER WETTBEWERBSPOLITIK

EUROPÄISCHE KOMMISSION

STAATLICHE BEIHILFEN — POLEN

Staatliche Beihilfen SA.51987 (2018/N) — Fernwärmenetz — Tarnobrzeg; SA.52084 (2018/N) — Fernwärmenetz — Ropczyce; SA.52238 (2018/N) — Fernwärmenetz — Lesko; SA.54236 (2019/N) — Fernwärmenetz — Dębica und SA.55273 (2019/N) — Fernwärmenetz — Ustrzyki Dolne

Aufforderung zur Stellungnahme nach Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2019/C 411/03)

Mit Schreiben vom 25. Oktober 2019 das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Polen von ihrem Beschluss in Kenntnis gesetzt, wegen der genannten Maßnahmen das Verfahren nach Artikel 108 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) einzuleiten.

Alle Beteiligten können innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung dieser Zusammenfassung und des Schreibens zu den Maßnahmen, die Gegenstand des von der Kommission eingeleiteten Verfahrens sind, Stellung nehmen. Die Stellungnahmen sind an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË
Fax +32 22961242
Stateaidgreffe@ec.europa.eu

Alle Stellungnahmen werden Polen übermittelt. Beteiligte, die eine Stellungnahme abgeben, können unter Angabe von Gründen schriftlich beantragen, dass ihre Identität nicht bekannt gegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG DES BESCHLUSSES

Am 7. September 2018, 24. September 2018, 16. Oktober 2018, 26. April 2019 und 5. September 2019 teilte Polen seine Absicht mit, im Rahmen der EU-Strukturfonds staatliche Beihilfen für Investitionen in Fernwärmenetze in fünf Gemeinden im Verwaltungsbezirk Podkarpackie im Südosten Polens zu gewähren (siehe Tabelle).

Bei allen fünf Projekten handelt es sich um bestehende Fernwärmesysteme, bei denen die Wärme größtenteils durch Kohlekessel und teilweise auch durch Gaskessel sowie in Ropczyce in geringem Maße durch Recycling von Abwärme erzeugt wird (siehe Tabelle).

Polen erklärte, der Austausch der alten Fernwärme-Leitungsnetze bringe Umweltvorteile, weil dadurch Wärmeübertragungsverluste und somit letztlich die Emission von CO₂ und anderen Schadstoffen einschließlich Feinstaub, die bei der kohlebasierten Wärmeerzeugung entstünden, verringert würden.

Tabelle

Überblick über die Vorhaben

Gemeinde	Hauptbeihilfeempfänger	Wärmeerzeugung	Höhe der Unterstützung (in PLN)
Tarnobrzeg	ECO Tarnobrzeg Sp. z o.o.	4 Gaskessel à 10 MW 3 Kohlekessel à 14,5 MW	9 998 707

Gemeinde	Hauptbeihilfeempfänger	Wärmeerzeugung	Höhe der Unterstützung (in PLN)
Ropczyce	Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej w Ropczycach Sp. z o. o.	1 Kohlekessel à 8 MW, 1 Kohlekessel à 7 MW, 2 Kohlekessel à 800 kW Rund 5 % des Wärmebedarfs werden durch Recycling industrieller Abwärme gedeckt.	6 846 348
Lesko	Spółdzielnia Mieszkaniowa w Lesku.	5 Kohlekessel à 600 kW	2 510 691
Dębica	Miejskie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej sp. z o.o.	1 Kohlekessel à 52 MW, 6 Gaskessel à < 1 MW, 1 Gaskessel à 1 MW, Wärmepumpen mit 200 kW.	5 675 756
Ustrzyki Dolne	Gemeinde Ustrzyki Dolne	1 Kohlekessel à 20 MW + einige kleine lokale Kessel	5 069 472

Die Vorhaben zur Modernisierung der Leitungsnetze wurden zwischen dem 31. Oktober und dem 30. November 2016 im Rahmen einer Aufforderung zur Einreichung von Projektvorschlägen ausgewählt. Die Ausschreibung war auf Fernwärmenetz-Modernisierungsprojekte im Verwaltungsbezirk Podkarpackie beschränkt. Für die auszuwählenden Vorhaben wurden 100 Mio. PLN bereitgestellt. Es gingen 11 Förderanträge ein, die sich auf insgesamt 46 692 709 PLN beliefen. Ein Projekt wurde abgelehnt, weil der Antrag unvollständig war und der Nachweis fehlte, dass für das geplante Fernwärmenetz eine Wärmequelle installiert würde. Die zehn anderen Vorhaben mit einem Gesamtförderbedarf von 42 986 110 PLN wurden zur Unterstützung ausgewählt ⁽¹⁾. Fünf dieser Vorhaben bezogen sich auf Fernwärmesysteme, die nicht mit den Kriterien für „effiziente Fernwärmeversorgung“ aus der Energieeffizienzrichtlinie im Einklang stehen, die erfüllt sein müssen, damit auf der Grundlage der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) staatliche Beihilfen für Fernwärmeprojekte gewährt werden dürfen. Diese fünf Vorhaben wurden zwecks Prüfung bei der Kommission angemeldet und sind nun Gegenstand des Einleitungsbeschlusses.

Die Kommission gelangte bei der Prüfung der Maßnahme zu dem vorläufigen Schluss, dass die Maßnahme eine staatliche Beihilfe darstellt. Daher hat sie die Vereinbarkeit der Beihilfe mit dem Binnenmarkt auf der Grundlage der Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen 2014-2020 geprüft, die einen Abschnitt über Energieeffizienzmaßnahmen einschließlich Fernwärme und Fernkälte enthalten (Abschnitt 3.4).

Nach diesen Leitlinien sind Beihilfen für Fernwärme auf Systeme beschränkt, die die in Artikel 2 Nummern 41 und 42 der Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽²⁾ zur Energieeffizienz aufgeführten Kriterien für energieeffiziente Fernwärme- und Fernkältesysteme erfüllen. Diese Anforderung wird von keinem der angemeldeten Vorhaben erfüllt.

Polen hat erklärt, dass jedes der angemeldeten Vorhaben zum Umweltschutz beitragen würde, da der Primärenergieverbrauch und die Emissionen der Anlagen, die die erzeugte Wärme in die Leitungsnetze einspeisen, gesenkt würden. Die Kommission stellt jedoch fest, dass dies auf der Annahme beruht, dass in der kontrafaktischen Fallkonstellation die bestehenden Wärmeerzeugungsanlagen weiterbetrieben werden und die Wärme über das nicht modernisierte Netz bereitstellen. Wenn die Fernwärmenetze rund um die mit fossilen Brennstoffen befeuerten Heizanlagen modernisiert würden, bestünde jedoch de facto sogar die Gefahr, dass die Anlagen letztlich länger in Betrieb bleiben würden als ohne die Modernisierung der Leitungen. Denn durch die geringeren Wärmeverteilungsverluste und die in einigen Fällen zudem steigende Zahl der an das Leitungsnetz angeschlossenen Fernwärmekunden bestünde eindeutig die Gefahr, dass die Netzmodernisierung die wirtschaftliche Lage der Fernwärmesysteme verbessert und somit die Lebensdauer der Wärmeerzeugungsanlagen, die die Umweltbelastung verursachen, verlängert wird.

Die Vorhaben würden zwar zu einer gewissen Effizienzsteigerung führen, aber solange die Wärmequellen nicht modernisiert werden, würden die Heizanlagen weiterhin eine erhebliche Umweltverschmutzung hervorrufen. Folglich würde eine Förderung der Modernisierung von Leitungsnetzen, die an Heizanlagen angeschlossen sind, welche nach den einschlägigen Vorschriften nicht als „effizient“ anzusehen sind, letztlich die Nutzung fossiler Brennstoffe für Heizzwecke verlängern und somit dem Umweltschutzziel zuwiderlaufen.

Aus diesem Grund hat die Kommission Zweifel daran, dass die angemeldeten Maßnahmen zu einem höheren Umweltschutzniveau beitragen würden, was als Ziel von gemeinsamem Interesse betrachtet werden könnte.

⁽¹⁾ Entschließung Nr. 285/5702/17 des Exekutivrats des Verwaltungsbezirks Podkarpackie in Rzeszów vom 21. März 2017 zur Genehmigung der Liste der bewerteten Vorhaben und der Auswahl der Projekte, die aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung im Rahmen der Prioritätsachse III „Saubere Energie“, Maßnahme 3.3 „Verbesserung der Luftqualität“, Teilmaßnahme 3.3.1 „Umsetzung von Emissionsminderungsplänen des operationellen Programms für den Verwaltungsbezirk Podkarpackie 2014-2020 im Bereich der Fernwärmenetze“ kofinanziert werden sollen.

⁽²⁾ ABl. L 315 vom 31.10.2012, S. 1.

Da mit den Maßnahmen kein Ziel von gemeinsamem Interesse verfolgt wird, zweifelt die Kommission, ob die Maßnahmen als erforderlich, angemessen oder verhältnismäßig angesehen werden oder einen Anreizeffekt haben könnten. Die Kommission hegt ferner Zweifel daran, ob die Auswirkungen der Maßnahmen auf den Wettbewerb schwerer wiegen als die etwaigen positiven Auswirkungen der Maßnahmen.

Die Kommission fordert die Beteiligten auf, zu diesen Aspekten Stellung zu nehmen.

WORTLAUT DES SCHREIBENS

Szanowny Panie Ministrze,

Komisja pragnie poinformować Polskę, że po przeanalizowaniu przekazanych przez władze polskie informacji na temat wyżej wymienionych środków podjęła decyzję o wszczęciu postępowania określonego w art. 108 ust. 2 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej.

1. PROCEDURA

1. W dniach 7 września 2018 r., 24 września 2018 r., 16 października 2018 r., 26 kwietnia 2019 r. oraz 5 września 2019 r. Polska zgłosiła zamiar przyznania pomocy państwa na inwestycje w infrastrukturę ciepłowniczą, odpowiednio, w Tarnobrzegu, Ropczycach, Lesku, Dębicy i Ustrzykach Dolnych. Wszystkie systemy ciepłownicze znajdują się w gminach położonych w województwie podkarpackim w południowo-wschodniej Polsce.
2. W dniach 1 października 2018 r. i 14 grudnia 2018 r. Komisja zwróciła się o dodatkowe informacje na temat projektów w Tarnobrzegu i Ropczycach. W dniu 29 listopada 2018 r. Komisja zwróciła się o dodatkowe informacje na temat projektu w Lesku.
3. Polska przekazała informacje na temat poszczególnych projektów w dniach 30 października 2018 r., 8 stycznia 2019 r., 12 lutego 2019 r., 15 marca 2019 r. i 12 kwietnia 2019 r.
4. W dniu 13 czerwca 2019 r. Komisja przesłała pismo zawierające ocenę wstępną projektów w Tarnobrzegu, Ropczycach, Lesku i Dębicy, w którym wyraziła wątpliwości dotyczące zgodności pomocy państwa związanej z poszczególnymi środkami z rynkiem wewnętrznym.
5. W odpowiedzi z dnia 27 sierpnia 2019 r. Polska stwierdziła, że po przeprowadzeniu oceny na podstawie Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej (TFUE) środki należy uznać za zgodne, podobnie jak we wcześniejszych decyzjach Komisji w analogicznych sprawach przed przyjęciem wytycznych w sprawie pomocy państwa na ochronę środowiska i cele związane z energią w latach 2014–2020.

2. SZCZEGÓŁOWY OPIS ŚRODKÓW POMOCY

2.1. Opis środków pomocy

6. W systemie ciepłowniczym ciepło wytwarzane jest w elektrociepłowni, a następnie rozprowadzane siecią rurociągów do konsumentów. Systemy ciepłownicze mogą przyczynić się do ochrony środowiska przez zwiększenie efektywności energetycznej, w przypadku gdy zastępują korzystanie (lub pozwalają uniknąć korzystania) z mniej efektywnych lokalnych źródeł ciepła.
7. Polska proponuje wesprzeć modernizację infrastruktury ciepłowniczej na terenie pięciu gmin w województwie podkarpackim (zob. tabela 1).

Tabela 1: Zestawienie proponowanych projektów

Gmina	Główny beneficjent	Wytwarzanie energii cieplnej	Kwota wsparcia (PLN)
Tarnobrzeg	ECO Tarnobrzeg Sp. z o.o.	Kotły gazowe o mocy: 4 × 10 MW Kotły węglowe o mocy: 3 × 14,5 MW	9 998 707
Ropczyce	Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej w Ropczycach Sp. z o.o.	Kotły węglowe o mocy: 1 × 8 MW, 1 × 7 MW, 2 × 800 kW Okolo 5 % zapotrzebowania na energię cieplną zaspokaja się za pośrednictwem odzyskiwanego przemysłowego ciepła odpadowego.	6 846 348
Lesko	Spółdzielnia Mieszkaniowa w Lesku	Kotły węglowe o mocy: 5 × 600 kW	2 510 691

Gmina	Główny beneficjent	Wytwarzanie energii cieplnej	Kwota wsparcia (PLN)
Dębica	Miejskie Przedsiębiorstwo Energetyki Ciepłej sp. z o.o.	Kocioł węglowy o mocy: 1 × 52 MW, kotły gazowe o mocy: 6 × < 1 MW, kocioł gazowy o mocy: 1 × 1 MW, pompy ciepła o mocy: 200 kW.	5 675 756
Ustrzyki Dolne	Gmina Ustrzyki Dolne	Kocioł węglowy o mocy: 1 × 20 MW + kilka małych kotłów lokalnych	5 069 472

8. Wszystkie pięć projektów obejmuje istniejące systemy ciepłownicze, w których ciepło jest wytwarzane przez kotły węglowe, pewną liczbę kotłów gazowych, niewielki udział odzyskiwanego ciepła odpadowego w Ropczycach oraz niewielki udział ciepła wytwarzanego przez pompy ciepła w Dębicy (zob. tabela 1). Wszystkie projekty realizowane są przez przedsiębiorstwa należące do lokalnych gmin lub w których gminy mają udział większościowy.
9. Proponowane zmiany obejmują modernizację, a w niektórych przypadkach rozbudowę sieci podłączonych do istniejących źródeł ciepła:
 - a. W Tarnobrzegu sieć obejmuje rurociągi o długości 45 km, z czego 21 km jest izolowanych. Proponowane modernizacje obejmują izolację 6,4 km istniejących rurociągów, demontaż 6 km starych rurociągów i zastąpienie ich 4 km izolowanych rurociągów o większej średnicy, a także modernizację 142 indywidualnych węzłów cieplnych, aby umożliwić zastąpienie w budynkach mieszkalnych piecyków gazowych ciepłą wodą użytkową z sieci ciepłowniczej.
 - b. Sieć w Ropczycach obejmuje 12 km rurociągów. Proponowane modernizacje obejmują zastąpienie 2,88 km istniejących rurociągów nowoczesnymi przewodami rurowymi, instalację nowych węzłów cieplnych oraz nowe systemy monitorowania i kontroli.
 - c. W Lesku proponowane modernizacje obejmują demontaż i przebudowę istniejącego rurociągu o długości 1,4 km oraz modernizację 15 węzłów cieplnych w budynkach mieszkalnych.
 - d. W Dębicy proponowane modernizacje obejmują modernizację rur na odcinku o długości 2,8 km, położenie 1,06 km rur oraz instalację/modernizację 37 węzłów cieplnych w budynkach mieszkalnych.
 - e. Sieć w Ustrzykach Dolnych składa się z 10,8 km rur. Proponowane modernizacje obejmują modernizację 2,4 km rur oraz budowę nowych przyłączy i podstacji.
10. Polska wyjaśniła, że nie można przeprowadzić znacznej modernizacji źródeł ciepła, aby na przykład spełnić wymogi definicji „efektywnego” systemu ciepłowniczego zgodnie z dyrektywą w sprawie efektywności energetycznej ⁽¹⁾, ze względu na sytuację finansową gmin odpowiedzialnych za systemy grzewcze, oraz z uwagi na fakt, że odzyskiwanie kosztów wymaganych inwestycji od konsumentów nie byłoby możliwe w przypadku zakładów, które muszą sprzedawać swoje ciepło na poziomie określonym przez polski organ regulacyjny.
11. Polska wyjaśniła, że zastąpienie starych sieci ciepłowniczych przyniosłoby znaczne korzyści dla środowiska poprzez ograniczenie strat w przesyłce ciepła, ograniczenie emisji CO₂ i innych zanieczyszczeń, w tym pyłu drobnego pochodzącego z wytwarzania ciepła z węgla, na którym opierają się systemy, oraz zmniejszenie uzależnienia od bardziej zanieczyszczających form wytwarzania ciepła wykorzystywanych w indywidualnych domach.
12. Polska szacuje, że w Tarnobrzegu utrata ciepła w trakcie przesyłu zmniejszy się z 30 000 GJ rocznie do mniej niż 8 000 GJ rocznie, wynikiem czego będzie zmniejszenie emisji o około 2 400 ton CO₂ rocznie oraz zmniejszenie emisji innych substancji zanieczyszczających. Polska szacuje, że w Lesku, po planowanej modernizacji sieci emisje CO₂ z systemu ciepłowniczego zostaną zmniejszone o 118 618 ton rocznie, co oznacza zmniejszenie całkowitej emisji z tego systemu o 3,25 %. Polska szacuje roczne oszczędności w Ropczycach na 3 249 GJ i 309 ton CO₂. Polska szacuje roczne oszczędności w Ustrzykach Dolnych na 7 560 GJ i 727 ton CO₂. Władze polskie szacują roczne oszczędności w Dębicy na 2 119 GJ i 201 ton CO₂.

2.1.1. Proces selekcji

13. Projekty związane z modernizacją sieci wybrano w drodze zaproszenia do składania wniosków w dniach od 31 października do 30 listopada 2016 r. Przetarg ograniczał się do projektów modernizacji sieci w województwie podkarpackim. Na wybrane projekty przeznaczono 100 mln PLN. Wpłynęło 11 wniosków o dofinansowanie o łącznej wysokości 46 692 709 PLN. Jeden projekt odrzucono, ponieważ wniosek był niekompletny i brakowało potwierdzenia wprowadzenia źródła ciepła dla planowanej sieci.

⁽¹⁾ Dyrektywa 2012/27/UE Parlamentu Europejskiego i Rady z dnia 25 października 2012 r. w sprawie efektywności energetycznej. Dz.U. L 315 z 14.11.2012, s. 1.

14. Wszystkie pozostałe projekty oceniono pozytywnie pod kątem wykonalności technicznej i rentowności. Uzyskały one minimalną ilość punktów w oparciu o kryteria zastosowane do oceny. W związku z tym do finansowania wybrano wspomniane dziesięć projektów na łączną kwotę 42 986 110 PLN. Pięć z tych projektów dotyczyło systemów ciepłowniczych, które nie spełniają wymogów definicji „efektywnego systemu ciepłowniczego” zawartej w dyrektywie w sprawie efektywności energetycznej, co jest również warunkiem udzielania pomocy państwa na rzecz projektów w zakresie systemu ciepłowniczego na mocy ogólnego rozporządzenia w sprawie wyłączeń blokowych (GBER) ^(?). Wspomniane pięć projektów zgłoszono Komisji do oceny i są one przedmiotem niniejszej decyzji.

2.1.2. *Finansowanie i forma pomocy*

15. Wsparcie miało by formę dotacji bezpośredniej finansowanej z funduszy strukturalnych UE.

2.1.3. *Podstawa prawna*

16. Uchwała nr 285/5702/17 Zarządu Województwa Podkarpackiego w Rzeszowie z dnia 21 marca 2017 r. w sprawie zatwierdzenia Listy ocenionych projektów oraz wyboru projektów do dofinansowania z Europejskiego Funduszu Rozwoju Regionalnego w ramach osi priorytetowej III. Czysta energia działania 3.3 Poprawa jakości powietrza, poddziałania 3.3.1 Realizacja planów niskoemisyjnych, Regionalnego Programu Operacyjnego Województwa Podkarpackiego na lata 2014–2020 w zakresie sieci ciepłowniczych.

17. W przypadku udzielenia zgody na pomoc państwa zawarte zostaną projekty umów z wybranymi beneficjentami.

2.2. **Istnienie pomocy**

18. Art. 107 ust. 1 TFUE stanowi: „wszelka pomoc przyznawana przez państwo członkowskie lub przy użyciu zasobów państwowych w jakiegokolwiek formie, która zakłóca lub grozi zakłóceniem konkurencji poprzez sprzyjanie niektórym przedsiębiorstwom lub produkcji niektórych towarów jest niezgodna z rynkiem wewnętrznym w zakresie, w jakim wpływa na wymianę handlową między państwami członkowskimi”.

2.2.1. *Istnienie zasobów państwowych i możliwość przypisania ich państwu*

19. Wsparcie w każdym z projektów miało by być finansowane z funduszy strukturalnych UE. Ze względu na fakt, że fundusze strukturalne znajdują się pod kontrolą Polski, Komisja stwierdza, że stanowią one zasoby państwowe, które można przypisać państwu.

2.2.2. *Selektywna korzyść*

20. Polska wybrała konkretne projekty modernizacji sieci, które miałyby otrzymać wsparcie, którego w przeciwnym razie nie uzyskałyby na rynku. Inne projekty ciepłownicze i alternatywne źródła ciepła nie otrzymałyby pomocy. Środki te przyniosłyby zatem beneficjentom selektywną korzyść.

2.2.3. *Zakłócenie konkurencji i wpływ na wymianę handlową*

21. Rynek ciepłowniczy jest otwarty na konkurencję i istnieje wiele różnych możliwych źródeł ciepła, z których konsumenci mogą wybierać, w tym różne rodzaje kotłów dla gospodarstw indywidualnych.
22. W związku z powyższym Komisja stwierdza, że środki mogą zakłócać konkurencję i wpływać na wymianę handlową między państwami członkowskimi.

2.2.4. *Wniosek dotyczący istnienia pomocy*

23. Na podstawie powyższej analizy, Komisja stwierdza, że zgłoszone środki stanowią pomoc państwa w rozumieniu art. 107 ust. 1 TFUE.

2.3. **Zgodność pomocy z prawem**

24. Polska zgłosiła środki do oceny przed wprowadzeniem ich w życie. W związku z tym Polska wywiązała się ze swoich zobowiązań wynikających z klauzuli zawieszającej ustanowionej w art. 108 ust. 3 TFUE.

^(?) Dz.U. L 187 z 26.6.2014, s. 1, art. 2 pkt 124).

2.4. Ocena zgodności

2.4.1. Obowiązujące przepisy

25. Zgłoszone środki obejmują pomoc inwestycyjną na systemy ciepłownicze i wchodzą w zakres wytycznych w sprawie pomocy państwa na ochronę środowiska i cele związane z energią w latach 2014–2020 (EEAG), sekcja 1.1 i 1.2. Pomoc zostałaaby przyznana na środki na rzecz efektywności energetycznej, jak określono w EEAG pkt 19 ppkt 2. Zgodność omawianych środków z rynkiem wewnętrznym jest zatem oceniana na podstawie sekcji 3.4 dotyczącej środków w zakresie efektywności energetycznej.
26. Polska wyjaśniła, że Komisja mogłaby ocenić zgłoszone środki bezpośrednio na podstawie Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej i zwróciła uwagę na dwie decyzje przyjęte przez Komisję w 2012 r., w których pomoc na inwestycje w sieci ciepłownicze uznano za zgodną z rynkiem wewnętrznym na podstawie Traktatu ⁽³⁾. Decyzje te podjęto jednak przed przyjęciem EEAG, które weszły w życie w dniu 1 lipca 2014 r.
27. W związku z tym, że EEAG obowiązują i mają zastosowanie do tego środka, Komisja jest zobowiązana, jak potwierdził to Sąd ⁽⁴⁾, do wykorzystania EEAG jako podstawy swojej oceny.

2.4.2. Cel będący przedmiotem wspólnego zainteresowania i konieczność pomocy

28. W pkt 139 EEAG stwierdza się, że celu zagwarantowania, że pomoc będzie przyczyniać się do podniesienia poziomu ochrony środowiska, pomoc na systemy ciepłownicze i chłodnicze oraz na kogenerację energii cieplnej oraz energii elektrycznej (CHP) zostanie uznana za zgodną z rynkiem wewnętrznym tylko w przypadku przyznania jej na wysokosprawną kogenerację i efektywne energetycznie systemy ciepłownicze i chłodnicze na potrzeby inwestycji, w tym modernizacji.
29. Zgodnie z pkt 19 ppkt 12 EEAG „kogeneracja” lub skojarzona gospodarka energetyczna (CHP) oznacza równoczesne wytwarzanie energii cieplnej oraz energii elektrycznej lub mechanicznej w trakcie tego samego procesu.
30. W pkt 19 ppkt 12 EEAG definiuje się „wysokosprawną kogenerację” jako kogenerację zgodną z definicją wysokosprawnej kogeneracji podaną w art. 2 ust. 34 dyrektywy Parlamentu Europejskiego i Rady 2012/27/UE (dyrektywa w sprawie efektywności energetycznej) ⁽⁵⁾.
31. Zgodnie z pkt 19 ppkt 14 EEAG „efektywny energetycznie system ciepłowniczy i chłodniczy” oznacza system ciepłowniczy i chłodniczy zgodny z definicją efektywnego systemu ciepłowniczego i chłodniczego podaną w art. 2 ust. 41 i 42 dyrektywy w sprawie efektywności energetycznej. Definicja obejmuje zakłady produkcji energii cieplnej/chłodniczej oraz sieć (w tym powiązane instalacje) konieczną do dystrybucji energii cieplnej/chłodniczej z jednostek produkcyjnych do lokali odbiorców.
32. Art. 2 pkt 41) dyrektywy w sprawie efektywności energetycznej określa „efektywny system ciepłowniczy i chłodniczy” jako system ciepłowniczy lub chłodniczy, w którym do produkcji ciepła lub chłodu wykorzystuje się w co najmniej 50 % energię ze źródeł odnawialnych, lub w co najmniej 50 % ciepło odpadowe, lub w co najmniej 75 % ciepło pochodzące z kogeneracji, lub w co najmniej 50 % wykorzystuje się połączenie takiej energii i ciepła.
33. Art. 2 pkt 42) dyrektywy w sprawie efektywności energetycznej określa „efektywne ogrzewanie i chłodzenie” jako rozwiązanie w zakresie ogrzewania i chłodzenia, które dla podstawowego scenariusza odzwierciedlającego działalność w niezmiennych warunkach wymiernie zmniejsza wkład energii pierwotnej wymaganej, aby dostarczyć jedną jednostkę energii na potrzeby odnośnego systemu w sposób opłacalny, zgodnie z oceną w ramach analizy kosztów i korzyści, o której mowa w tejże dyrektywie, z uwzględnieniem energii niezbędnej do wydobycia, przetwarzania, przesyłu i rozdziału.
34. Żaden ze zgłoszonych projektów nie obejmuje systemów ogrzewania wykorzystujących CHP. Żaden ze zgłoszonych projektów nie wykorzystuje w 50 % energii odnawialnej lub ciepła odpadowego. Dlatego też nie spełniono żadnych dopuszczalnych celów będących przedmiotem wspólnego zainteresowania wspomnianych w pkt 139 EEAG.

⁽³⁾ Decyzja C(2012)405 w sprawie SA.32832 (2011/N) – Pomoc na modernizację sieci ciepłowniczej w Dębicy. Decyzja C(2012)425 w sprawie SA.32757 (2011/N) – Pomoc na modernizację sieci ciepłowniczej w Jaśle.

⁽⁴⁾ Sprawa T-304/08, Smurfit Kappa przeciwko Komisji, ECLI:EU:T:2012:351, pkt 83–84, w szczególności: „przyjmując takie normy postępowania i ogłaszając poprzez publikację, że będzie je stosować od tej pory do przypadków w nich przewidzianych, Komisja wyznacza jednak sama sobie granice uznania i nie może odejść od tych norm bez narażania się, w odpowiednim przypadku, na sankcje z tytułu naruszenia ogólnych zasad prawa, takich jak zasada równego traktowania lub zasada ochrony uzasadnionych oczekiwań, chyba że przedstawi ona względy uzasadniające w świetle tych samych zasad takie odejście przez nią od jej własnych zasad (wyrok w sprawach połączonych C-189/02 P, C-202/02 P, od C 205/02 P do C 208/02 P i C-213/02 P Dansk Rørindustri i in. przeciwko Komisji, [2005] Zb.Orz. s. I-5425, pkt 211; ww. w pkt 44 wyrok w sprawach połączonych Niemcy i in. przeciwko Kronofrance, pkt 60 i przytoczone tam orzecznictwo)”.
⁽⁵⁾ Dz.U. L 315 z 31.10.2012, s. 1

35. W pkt 139 określa się, że „[w] przypadku środków współfinansowanych przez europejskie fundusze strukturalne i inwestycyjne, państwa członkowskie mogą oprzeć się na uzasadnieniach zawartych w odnośnych programach operacyjnych”. Polska wyjaśniła, że pozwala to państwom członkowskim przyznać pomoc na nieefektywne projekty, o ile są one wspierane z funduszy strukturalnych. Jednak pkt 139 nie zakłada automatycznego uznawania w decyzji w sprawie pomocy państwa uzasadnień zawartych w programach operacyjnych, które są zatwierdzane przez Komisję, bez uszczerbku dla konieczności „zgodności wszelkich działań wspieranych w ramach programów operacyjnych z zasadami pomocy państwa”⁽⁶⁾. W swoich programach operacyjnych Polska nie wskazała również żadnego szczególnego uzasadnienia, które stanowiłoby podstawę do odstąpienia od EEAG, które ograniczają pomoc do systemów „efektywnych”.
36. Polska wyjaśniła, że każdy ze zgłoszonych projektów przyczyni się do ochrony środowiska przez ograniczenie zużycia energii pierwotnej i emisji z zakładów, które dostarczają ciepło do wspieranych sieci. Komisja zauważa jednak, że wyjaśnienie to opiera się na założeniu, że scenariuszem alternatywnym jest sytuacja, w której istniejąca instalacja grzewcza nadal funkcjonuje i dostarcza ciepło za pośrednictwem niezmodyfikowanej sieci. Modernizacja sieci ciepłowniczych opierających się na elektrociepłowniach zasilanych paliwem kopalnym wiąże się z ryzykiem stworzenia efektu blokady, tj. sytuacji, w której w wyniku modernizacji, a (w niektórych przypadkach) rozszerzenia sieci ciepłowniczej, zakłady te pozostaną operacyjne dłużej niż miałyby to miejsce w innym przypadku. Przy mniejszych stratach w dystrybucji energii, a w niektórych przypadkach większej liczbie konsumentów przyłączonych do sieci, istnieje wyraźne ryzyko, że modernizacja sieci poprawi sytuację ekonomiczną systemów ciepłowniczych, a tym samym wydłuży okres eksploatacji elektrociepłowni (i wytwarzania zanieczyszczeń).
37. Jak jasno wynika z sekcji 2.1, o ile proponowane projekty prowadzą do pewnych ulepszeń w zakresie efektywności, to do czasu modernizacji źródeł ciepła systemy grzewcze nadal będą powodować znaczne zanieczyszczenie. Na przykład w przypadku projektu w Lesku modernizacja sieci ma na celu ograniczenie emisji CO₂ o 118 600 ton rocznie, jednak system ten po modernizacji będzie nadal wytwarzał rocznie ponad 3,2 mln ton CO₂. Jak pokazuje tabela 1, większość ciepła w zgłoszonych przypadkach wytwarza się przez spalanie węgla. Istnieje w związku z tym prawdopodobieństwo, że wsparcie dla sieci podłączonych do elektrociepłowni, które nie spełniają definicji „efektywnej”, przedłuży stosowanie paliw kopalnych na potrzeby ogrzewania, powodując przynajmniej w perspektywie średnioterminowej lub długoterminowej działanie sprzeczne w stosunku do wszelkich celów związanych z ochroną środowiska naturalnego i prowadząc do zwiększenia emisji CO₂ i pyłu drobnego.
38. W związku z powyższym Komisja ma wątpliwości, czy zgłoszone środki przyczyniają się do wyższego poziomu ochrony środowiska, co można by uznać za cel będący przedmiotem wspólnego zainteresowania. Komisja ma w związku z tym również wątpliwości, czy pomoc można uznać za konieczną.

2.4.3. Odpowiedni instrument

39. Zgodnie z pkt 145 EEAG pomoc państwa można uznać za adekwatny instrument finansowania środków na rzecz efektywności energetycznej, niezależnie od postaci, w jakiej jest przyznawana.
40. Środki te obejmują pomoc inwestycyjną w formie dotacji bezpośrednich, które co do zasady można uznać za odpowiedni instrument finansowania środków na rzecz efektywności energetycznej, ale musiałyby być ukierunkowane na osiągnięcie celu będącego przedmiotem wspólnego zainteresowania.

2.4.4. Efekt zachęty

41. Zgodnie z pkt 144 w połączeniu z pkt 49 EEAG efekt zachęty występuje, kiedy pomoc skłania beneficjenta do zmiany zachowania na rzecz osiągnięcia wyższego poziomu ochrony środowiska, co nie byłoby możliwe bez pomocy.
42. Proponowana pomoc, która miałaby zostać przyznana w ramach zgłoszonych środków, nie wydaje się stanowić zachęty do osiągnięcia wyższego poziomu ochrony środowiska, ponieważ projekty nie spełniają definicji „efektywności energetycznej”, którą wyjaśniono w pkt 139 EEAG, aby zapewnić wyższy poziom ochrony środowiska. Jak wyjaśniono powyżej, istnieje ryzyko, że – w wyniku modernizacji i rozbudowy sieci – inwestycje w rurociągi powiązane z instalacjami grzewczymi zasilanymi paliwami kopalnymi wpłyną na przedłużenie okresu eksploatacji tych elektrociepłowni opalanych paliwami kopalnymi.
43. W związku z tym Komisja ma wątpliwości, czy zgłoszone środki można uznać za stanowiące efekt zachęty skłaniający beneficjenta do zmiany zachowania celem osiągnięcia wyższego poziomu ochrony środowiska.

⁽⁶⁾ Tak było w przypadku polskiego programu operacyjnego na lata 2014–2020 (zatwierdzonego decyzją Komisji C(2014)10025) oraz programu operacyjnego na lata 2014–2020 dla województwa podkarpackiego (zatwierdzonego decyzją Komisji C(2015)910). W obu decyzjach Komisji stwierdza się, że: „[n]iniejsza decyzja nie wpływa na stanowisko, które Komisja może zająć w zakresie zgodności wszelkich działań wspieranych w ramach programów operacyjnych z zasadami pomocy państwa mającymi zastosowanie w momencie przyznawania wsparcia”.

2.4.5. Proporcjonalność

44. Zgodnie z pkt 148 EEAG koszty kwalifikowalne w odniesieniu do środków na rzecz efektywności energetycznej to dodatkowe koszty inwestycji bezpośrednio związane z osiągnięciem wspólnego celu określone w pkt 73 EEAG. Pkt 73a EEAG określa ponadto, że w przypadku gdy koszty osiągnięcia celu będącego przedmiotem wspólnego zainteresowania można wyodrębnić, koszty tej osobnej inwestycji stanowią koszty kwalifikowalne. Ponadto zgodnie z drugim zdaniem pkt 76 EEAG, w przypadku projektów dotyczących sieci ciepłowniczych Komisja oceni proporcjonalność pomocy przy zastosowaniu podejścia zakładającego niedopasowanie poziomu płynności. Pojęcie niedopasowania poziomu płynności zdefiniowano w pkt 19 ppkt 32 EEAG jako różnicę pomiędzy dodatnimi i ujemnymi przepływami pieniężnymi w czasie realizacji inwestycji, zdyskontowaną do ich bieżącej wartości (zwykle z zastosowaniem kosztu kapitału).
45. Komisja stwierdziła w motywie 38 decyzji, że ma wątpliwości czy zgłoszone środki przyczyniają się do celu będącym przedmiotem wspólnego zainteresowania. Warunki określone w szczególności w pkt 73 EEAG nie są zatem spełnione ze względu na brak kosztów, które przyczyniłyby się do osiągnięcia celu będącego przedmiotem wspólnego zainteresowania. Ponieważ w zgłoszonych przypadkach pomoc nie jest ukierunkowana na cel będący przedmiotem wspólnego zainteresowania, nie można jej uznać za proporcjonalną.
46. Nawet jeżeli projekty te były zgodne z wymogami przepisów dotyczących energii i służyły osiągnięciu celu będącego przedmiotem wspólnego zainteresowania, Polska nie dostarczyła również wystarczających danych do wykazania proporcjonalności proponowanego wsparcia.
47. Polska nie przedstawiła w odniesieniu do każdego projektu jasnego biznesplanu określającego koszty i dochody, jak i zatem niedopasowania poziomu płynności. Wyszczególniono natomiast pewne koszty, które nie wydają się konieczne do osiągnięcia zamierzonej poprawy efektywności energetycznej, takie jak tablice pamiątkowe i działania promujące projekt. Polska wyjaśniła, że beneficjenci otrzymają pomoc w wysokości 85 % kosztów kwalifikowalnych, ale otrzymają również pomoc de minimis na pokrycie „innych kosztów kwalifikowalnych”, których nie wyjaśniono we wszystkich projektach.
48. W tym przypadku, biorąc pod uwagę, że inwestycje nie są ukierunkowane na cel będący przedmiotem wspólnego zainteresowania, ponieważ nie są one „energooszczędne”, wydaje się, że koszty nie kwalifikują się do pomocy państwa. Komisja ma ponadto wątpliwości co do proporcjonalności środków nawet przy założeniu zasadnego celu będącego przedmiotem wspólnego zainteresowania, ponieważ Polska nie przedstawiła wystarczających informacji pozwalających na określenie niedopasowania poziomu płynności dla każdego projektu. Komisja ma w związku z tym wątpliwości, czy poziom pomocy zgłoszonych środków można uznać za proporcjonalny.

2.4.6. Zakłócenie konkurencji i test bilansujący

49. W pkt 88 EEAG przypomina się, że aby można było uznać, że pomoc jest zgodna z rynkiem wewnętrznym, negatywny wpływ środka pomocy w postaci zakłóceń konkurencji i oddziaływania na handel między państwami członkowskimi musi być ograniczony oraz zrównoważony pozytywnymi efektami w postaci wkładu w osiągnięcie celu będącego przedmiotem wspólnego zainteresowania. Ponieważ w zgłoszonych przypadkach pomoc nie jest ukierunkowana na cel będący przedmiotem wspólnego zainteresowania, nie można uznać, że potencjalne korzyści równoważą zakłócenie konkurencji i oddziaływanie na wymianę handlową.

2.4.7. Przejrzystość

50. Konieczne byłoby, aby Polska spełniła wymogi w zakresie przejrzystości określone w sekcji 3.2.7 EEAG.

3. PODSUMOWANIE

51. Na obecnym etapie Komisja ma wątpliwości, czy polskie projekty dotyczące systemów ciepłowniczych w województwie podkarpackim można uznać za zgodne z rynkiem wewnętrznym na podstawie art. 107 ust. 3 lit. c) TFUE. W szczególności ma ona wątpliwości co do tego, czy środki te mają na celu osiągnięcie celu będącego przedmiotem wspólnego zainteresowania (ochrona środowiska), ponieważ chodzi w nich o wsparcie dla systemów ciepłowniczych opartych na paliwach kopalnych, które nie są zgodne z definicją efektywnego systemu ciepłowniczego określonego w dyrektywie w sprawie efektywności energetycznej.
52. W świetle powyższych ustaleń Komisja, stanowiąc zgodnie z procedurą ustanowioną w art. 108 ust. 2 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej, zobowiązuje Polskę do przedstawienia uwag oraz wszystkich informacji, które mogą pomóc w ocenie przedmiotowej pomocy, w terminie jednego miesiąca od dnia otrzymania niniejszego pisma. Komisja zwraca się do władz polskich o niezwłoczne przekazanie kopii niniejszego pisma potencjalnym beneficjentom pomocy.

53. Komisja pragnie przypomnieć władzom polskim, że art. 108 ust. 3 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej ma skutek zawieszający, jak również chciałaby zwrócić uwagę na art. 16 rozporządzenia Rady (UE) 2015/1589, który stanowi, że cała bezprawnie przyznana pomoc może zostać odzyskana od beneficjenta.
 54. Komisja uprzedza polskie władze, że udostępni zainteresowanym stronom powyższe informacje, publikując niniejsze pismo wraz z jego streszczeniem w Dzienniku Urzędowym Unii Europejskiej. Poinformuje o sprawie również zainteresowane strony z państw należących do EFTA, będących sygnatariuszami Porozumienia EOG, publikując ogłoszenie w Suplemencie EOG do Dziennika Urzędowego Unii Europejskiej, jak również powiadomi Urząd Nadzoru EFTA, przesyłając mu kopię niniejszego pisma. Wszystkie zainteresowane strony zostaną poproszone o przedstawienie uwag w ciągu miesiąca od dnia takiej publikacji.
-

ISSN 1977-088X (elektronische Ausgabe)
ISSN 1725-2407 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
L-2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE